

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

ersch. wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 11
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Postzeitung 1 Mt. Aufnahme nur bei vorherg. Gebühreneinbarung auf Postk. Alfred Riedel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Ist die Lohnpolitik der Gewerkschaften falsch?

Die Lage der deutschen Arbeiter wird von Monat zu Monat unhaltbarer. Seit 1924 sind die Löhne zwar gestiegen, haben sich jedoch seit einem Jahre nur sehr wenig verändert. Dagegen sind die Wochenverdienste sehr stark gesunken, einmal, da immer weniger über tarifliche Löhne gezahlt werden, und dann, da Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit eine immer größere Bedeutung gewonnen haben. Wie groß diese Lohnverluste infolge der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind, können wir an den Erhebungen über die Lage des Arbeitsmarktes erkennen. Eindeutig der Kurzarbeiter waren Ende August d. J. etwa die Hälfte aller Verbandsmittglieder arbeitslos. Meistlich liegen die Verhältnisse in den meisten anderen Erwerbszweigen, besonders im Baubereich.

Seit ihrem Regierungsantritt hat die Regierung Brünning immer wieder betont, daß sie ihre ganze Wirtschaftspolitik in den Dienst der Bekämpfung der Krise, der Massenarbeitslosigkeit und Massennot stellen werde. Daß in Zeiten außerordentlichen Notstandes alle Kreise, auch die Arbeiterschaft Opfer bringen muß, wird jeder einsichtige Mensch einsehen. Die Regierung Brünning hat aber nun die materiellen Opfer einseitig den Massen aufgebürdet, auf der anderen Seite aber keine wirksamen und ausreichenden Schritte unternommen, um die Massennot zu lindern und die Wiedereinrichtung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß zu erleichtern.

Während im Vorjahre bei wesentlicher besserer Geschäftslage noch etwa 110 000 Volkswirtschaftler beschäftigt waren, ist deren Zahl jetzt auf 30 000 zurückgegangen. Das Auftragsprogramm der Reichspost gibt kaum nennenswerte Mehraufträge. Die Aufträge der Reichsbahn sowie das viel zu spät einsetzende Kleinwohnungsprogramm werden nie und nimmer 300 000 Arbeitslosen zusätzlich Beschäftigungsmöglichkeit geben, wie es die Regierung versprochen hatte. Auf dem Baumarkt wird sich das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm in diesem Jahre kaum noch auswirken. Die nur langsam fortschreitenden Verhandlungen über die zu hohen Karbonpreise für Baustoffe haben die Inangriffnahme der in den einzelnen Kommunen fertiggestellten Bauprojekte verzögert. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter ist, wie aus den Berichten zu ersehen ist, dauernd ansteigend. Daraus ist zu ersehen, daß Neuaufträge ausbleiben. Von dieser Geschäftsflaute werden nicht nur das Baugewerbe, sondern auch alle Zweige des Baunebenhandels betroffen.

Aus all den grobartigen Projekten der Beschaffung großer Mittel für den Straßenbau und für sonstige öffentlichen Arbeiten ist bisher ebenfalls nichts geworden, und man geht in der Annahme nicht fehl, daß einschneidende Kreise der bisherigen Regierung teils aus falschen volkswirtschaftlichen Erwägungen, teils aus politischen Gründen der Heranziehung von Auslandskapital Schwierigkeiten bereiten. Statt Exportförderung durch Handelsverträge hat die Regierung durch die Schließung Agrarabnahmestellen die deutschen Handelsbeziehungen und den deutschen Industrieexport nach zahlreichen Ländern aufs äußerste gefährdet. Auch sonst hält die allgemeine Stimmung des Geschäftslebens an. Wie aus Presseberichten zu ersehen ist, ist der Besuch der diesjährigen Leipziger Herbstmesse schwächer gewesen wie im Vorjahre, auch haben sich die Besucher bei der Vergabung von Orders die größte Zurückhaltung angesetzt.

Es dürfte nicht ganz einfach sein, einen Ausweg zur Überwindung der allgemeinen großen Arbeitslosigkeit zu finden. Die Wirtschaft ist an vielen Stellen wund. Die Leistungsfähigkeit vieler Betriebe bleibt unausgenutzt, damit sinkt die Rentabilität der Unternehmen. Auf dem Warenmarkt bleiben die Waren unverkäuflich, da infolge der immer mehr um

sich greifenden Arbeitslosigkeit die Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt zusammenschrumpfte, eine erhebliche Steigerung der Ausfuhr aber im Hinblick auf die Krise der Weltwirtschaft nicht möglich ist.

Weite Unternehmertreue, assistiert von einigen Professoren, propagieren als Radikalmittel für die Behebung der Krise eine radikale Senkung der Löhne. Es ist zur Zeit geradezu große Mode, bei allen möglichen Gelegenheiten darauf zu verweisen, daß Deutschland nur durch eine durchgreifende Senkung der Arbeitereinkommen wieder auf die Beine gebracht werden könne. So hat Herr Paul Spindler, Vorsitzender des Reichsverbandes Deutscher Tapezierer, Polsterer und Dekorateur, in seiner Ansprache an den 31. Bundestag in Bremen als eine der Ursachen der momentanen Krankheiten der deutschen Volkswirtschaft „die immer noch nach Macht und Gewinn strebenden Gewerkschaften“ bezeichnet. Herr Spindler hat bei dieser Gelegenheit folgende Mahnung an die Adresse unserer Organisation gerichtet:

„Hier möchte ich auch gleich einen Appell an die gewerkschaftlich Verantwortlichen richten und darauf hinweisen, daß man in Zeiten einer ungeheuren Wirtschaftskrise den Mut finden sollte, den im Zeichen der Hochkonjunktur herausgeschraubten Lohn zurückzudrehen, denn es ist nicht entscheidend für eine Volkswirtschaft, daß einige Gruppen Arbeit und hohen Lohn erhalten, sondern möglichst alle Menschen in Lohn und Arbeit stehen.“

Leider vergaß Herr Spindler bei seinen Ausführungen nähere Angaben darüber zu machen, wo für den Fall, daß es den Arbeitgebern gelingen sollte die „hohen Löhne“ abzubauen, die Beschäftigung für die rund 50 Prozent arbeitslosen Tapezierergesellen herkommen soll. Wir dürfen wohl annehmen, daß Herr Spindler den allgemeinen Lohnabbau nicht nur auf die Tapezierergesellen beschränkt wissen will. Bei einem allgemeinen Lohnabbau der an und für sich schon unzureichenden Löhne dürfte die Arbeiterschaft, die heute immerhin einen sehr beachtlichen Teil der Rundumschiff des Tapezierer- und Polstergewerbes darstellt, rein mechanisch als Käufer auscheiden. Das trifft nicht allein auf das Tapezierergewerbe zu, sondern auch auf eine Reihe weiterer Erwerbszweige. Wenn z. B. die „Mz“ in einem Artikel zur Leipziger Messe schreibt: „Der Preisabbau auf natürlichem Wege kann ja nur erfolgen, wenn einmal alle Löhne und Löhne radikal gesenkt werden“, so möchten wir den Herren Kofferfabrikanten ebenfalls die Frage vorlegen, wer dann aus den Reihen der Millionen von Arbeitern noch als Abnehmer eines Koffers in Betracht kommen soll. Uns will scheinen, als wenn die Schreier nach Lohnabbau drauf und dran sind, den Akt, auf dem sie zur Zeit sitzen, selbst abzulegen.

Wie unrichtig die Behauptung ist, die große Arbeitslosigkeit in Deutschland sei eine Folge der hohen Löhne, ergibt sich daraus, daß gegenwärtig in einer Anzahl von Ländern mit außerordentlich niedrigen Löhnen, wie Italien, Oesterreich, Ungarn, Polen, eine gewaltige Arbeitslosigkeit herrscht, während sie in Ländern mit hohen Löhnen, wie Schweden, Dänemark, Holland, die Schweiz, verhältnismäßig geringfügig ist.

In einem Aufsatz mit dem Titel: „Wir haben keine Ueberproduktion“ laßt Herr Ford seine Vorklänge über die Mittel, die zur Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zur Verfügung stehen, dahin zusammenfassen:

„Überall sparen — nur nicht an Löhnen!“

der einzige Punkt, wo man nicht mit den Preisen sparen darf, um die Kosten zu reduzieren, ist die menschliche Arbeitskraft. Arbeitskosten müssen niedrig

gehalten werden, aber die einzig unfehlbare Methode dafür besteht darin, die Löhne hoch zu halten.“

Wenn wir auch wissen, daß naheliegen: Profitinteressen Ford zu seiner Politik der hohen Löhne veranlassen, denn jede Lohnsteigerung vermehrt in Amerika den Kreis der Käufer für billige Automobile, so sollte doch die Befestigung der von den Gewerkschaften seit je vertretenen Ansicht von der Fortschritt schaffenden Wirkung hoher Löhne durch einen hervorragenden Vertreter der Unternehmertreue auch für die deutschen Unternehmer nicht ohne Einfluß bleiben.

Unsere Kollegen und Kolleginnen müssen sich restlos zusammenschließen, um allen Einschüchterungsversuchen der Scharfmacher erfolgreich entgegenzutreten. Der Kampf der Unternehmer und der ihnen genehmigungserwandten politischen Parteien gegen die Sozialgesetzgebung ist nur eine Seite des Angriffs auf den Lohn, der von den Unternehmern um so offener nach einem Lohnabbau geführt wird, je weiter die wirtschaftliche Depression um sich greift. Weiß eine ausreichende Arbeitslosenversicherung mit ausreichenden Leistungen der Arbeiterschaft eine wertvolle Garantie für Erhaltung ihres Lebensstandards bietet, wird diese Arbeitslosenversicherung während der Wirtschaftskrise von dem Unternehmertum mit dem Aufgebot ihrer ganzen Macht bekämpft, damit durch ihren Abbau der Weg frei werde für den Druck auf die Löhne, der, wie alle Erfahrung lehrt, von großer Arbeitslosigkeit in der Regel ausgeht.

Wie sich in manchen Scharfmacherkreisen die Welt abspielt, dafür nur ein kleines Beispiel: Herr Prof. Dr. Horneffer, Gießen, Spitzenkandidat der Wirtschaftspartei für Hessen, hat in einer Broschüre „Frevol am Volk“ seine scharfmacherischen Ideen niedergelegt. Der Herr laßt dabei unter anderem: „Das Arbeitszeitgesetz, das Gesetz zur allgemeinen Begrenzung der Arbeitszeit, ist ein unheilvolles Gesetz, ein Gesetz, das wider die guten Sitten verstößt.“

In einer anderen Stelle seiner Broschüre wendet sich der Herr Professor gegen die Entfaltung des Volkes durch die Arbeitslosenunterstützung, indem er sagt:

„Unsere Zeit macht allen Ernstes den Versuch, etwas zu erreichen, wozum sich die Jahrtausende vergeblich bemüht haben, woran sie sich die Zähne ausgebissen haben, nämlich die Armut abzuschaffen. Das veruche nur unsere Zeit, sie wird ihr blaues Wunder erleben! Nämlich die Armut und deren Folge der Hunger, diese unheimlichen Gespenster, sind die unentbehrlichen Triebkräfte des Menschenlebens. Wenn die Menschen nicht mehr von der Angst der Armut und Hunger getrieben werden, wenn diese Weitsche der Not und des Zwanges nicht mehr hinter ihrem Rücken droht, dann tun sie nichts mehr, dann erschlaffen sie, dann erlahmt und erlischt die Arbeitskraft.“

Wir wissen nicht, ob sich das Gros der kleinen Geschäftsleute und Handwerkermeister, das überwiegend die Gefolgschaft der Wirtschaftspartei bildet, schon einmal ernstlich die Frage vorgelegt hat, was aus ihrer Existenz wird, wenn die völlige Verarmung der Arbeiter durchgeführt sein sollte. Jedenfalls gilt es für die organisierten Arbeiter als erste Aufgabe, die reaktionären Bestrebungen auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Gegenüber der Profitgier der Unternehmer verteidigen die Gewerkschaften das Recht ihrer Mitglieder auf soziale Geltung und auf den ihrer großen volkswirtschaftlichen Leistung entsprechenden materiellen Anteil am Sozialprodukt.

Die nächsten Wochen und Monate werden uns eine Reihe ernster Auseinandersetzungen um die Erhaltung unserer bisherigen Errungenschaften bringen.

Rüsten wir uns zum steten Kampfe, um der bölligen Verelendung zu entgehen.

Die Reichstagswahlen 1930.

Die diesmaligen Wahlen wurden mit der größten Erbitterung ausgeschrieben. Die riesige Wahlbeteiligung in Verbindung mit dem natürlichen Anwachsen der Wählerzahl hat dazu geführt, daß abgesehen von sich vielleicht noch herausstellenden kleinen Verschiebungen, die Zahl der Reichstagsmandate von 480 im Jahre 1928 auf 575 bei den Wahlen 1930 angetiegen ist. Es werden voraussichtlich Mandate erhalten: Sozialdemokraten 143 (153), die Nationalsozialisten 107 (12), Zentrum 68 (61), Kommunisten 76 (54), Deutschnationale 41 (73),

Deutsche Volkspartei 29 (45), Wirtschaftspartei 23 (23), Staatspartei 20 (1928: Demokraten 25), Landvolk 18 (13), Bayerische Volkspartei 19 (16) und Konservative Volkspartei 5 (—). Sonstige Splitterparteien erhielten über 2 Millionen Stimmen. Vergleichen wir die auf die einzelnen größeren Parteien entfallenden Stimmen mit den beiden Wahlen 1924 und 1928, so ergibt sich ein klares Bild von der erfolgten gewaltigen Umstellung der bürgerlichen Wählermassen.

Es erhielten von größeren Parteien Stimmen:

	Mai 1924		Mai 1928		September 1930	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	6 014 000	100	9 151 059	153	8 572 016	143
Kommunisten	3 746 000	62	3 263 354	54	4 587 708	76
Deutschnationale	5 718 000	136	4 380 029	73	2 458 497	41
Zentrum	3 821 000	65	3 711 141	61	4 128 929	68
Deutsche Volkspartei	2 537 000	44	2 678 207	45	1 576 149	29
Demokraten (Deutsche Staatspartei)	1 663 000	28	1 504 148	25	1 322 608	20
Wirtschaftspartei	—	—	1 395 684	23	1 360 585	23
Bayerische Volkspartei	936 000	16	945 304	16	1 058 556	19
Nationalsozialisten	?	32	809 771	12	6 401 210	107

Die diesmaligen Reichstagswahlen erinnern sehr stark an die Reichswahlen 1924. Auch diesmal hat ein großer Teil der Bevölkerung seiner Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftslage verbunden mit großer Arbeitslosigkeit, dadurch Ausdruck gegeben, daß er seine Stimme jenen Oppositionsparteien zuwandte, die es wohl verstanden haben, an allem die schärfste Kritik zu legen, jedoch bei jedem Anstoß zu positiver Mithilfe verlagert haben. Besonders bedauerlich ist das starke Anwachsen der Nationalsozialisten schon deshalb, weil der außerordentlich starke Stimmengewinn, den diese Partei erfahren hat, nur erreicht werden konnte, indem Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen der „Hitler-Garde“ zu diesem großen Mandatgewinn im Reichstag verholfen haben.

Die Kommunisten haben seit dem Jahre 1928 1 360 500 Stimmen Zuwachs aufzuweisen, dem ein Verlust der Sozialdemokratie in Höhe von 583 600 entgegensteht. Für die jetzigen Regierungsparteien besteht keine Möglichkeit mehr, eine Mehrheit zu bilden, da Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten im neuen Reichstag zusammen über 327 Mandate verfügen werden und zur einfachen Mehrheit nur 283 Mandate erforderlich sind. Eine bürgerliche Regierung wird Herr Brüning nur zusammenbringen, wenn er das glorreiche Beispiel des Freistaates Thüringen nachahmt und sich mit Haut und Haar Herrn Hitler anschließt. Eine Klärung der gespannten Lage ist durch diese Reichstagswahl nicht erfolgt.

Verleumdungen der freien Gewerkschaften im Wahlkampf.

In Schlagwortartiger Aufmachung werden in der gegnerischen Presse aus den in der Nr. 30 der „Gewerkschafts-Zeitung“ veröffentlichten Angaben über den Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1929 die Ausgabe-posten für Unterstüttungen und Verwaltung herausgegriffen, um durch die Gegenüberstellung beider Zahlen zu zeigen, wie gering die Summen sind, die den Mitgliedern an Unterstüttung gezahlt werden im Verhältnis zu den großen Gehältern, welche die „SPD-Bonzen“ in den freien Gewerkschaften beziehen. Diese demagogische Ausnutzung von zwei Ausgabe-postitionen aus einem Kassenbericht, der mit 221,7 Millionen Reichsmark Einnahme und einer Ausgabe von 202,9 Millionen Reichsmark abschließt, soll natürlich — wie schon die Anwendung des Ausdrucks „SPD-Bonzen“ auf die Gewerkschaftsfunktionäre zeigt, zur Verunglimpfung der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkampf dienen, und da kommt es den Wahlmachern ihrer Gegner selbstverständlich gar nicht darauf an, ob die Auswertung

von Zahlen in diesem übelen Sinn irgendeine sachliche Berechtigung hat. Bei den Ausgaben der Gewerkschaften einen Vergleich zu ziehen zwischen Unterstüttungsausgaben und Verwaltungskosten, um das unangünstige Verhältnis beider Ausgabe-posten zueinander zu zeigen, ist schon an sich sinnlos, weil die Gewerkschaften keine Versicherungseinrichtungen wie z. B. die Krankenkassen sind, sondern Kampfor ganisationen der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen bzw. zur Wahrung ihrer Lebensinteressen gegen das Unternehmertum. Der hauptsächlichste Teil des Organisationsapparates dient diesem Zweck. Jedes Mitglied der freien Gewerkschaften weiß, daß ihre Unterstüttungseinrichtungen nicht als ihr eigentlicher Zweck, sondern nur als Hilfsmittel in dem Ringen um eine höhere materielle und kulturelle Lebenslage der Arbeiterschaft zu gelten haben. Ein Vergleich zwischen den Mitteln, welche die Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen bzw. den Kosten ihres Organisationsapparates, und dem Nutzen, den die Mitglieder durch ihre wirtschaftliche Organisation haben, kann nur im Hinblick auf die durch die gewerkschaft-

lichen Kämpfe erreichte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angestellt werden, ferner auf die Vorteile aus der ausgedehnten und erfolgreichen Rechtschutttätigkeit der freien Gewerkschaften.

Aber ganz abgesehen von dieser grundsätzlichen Anschauung über das Wesen und die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften läßt die Art, wie die herausgegriffenen Zahlen von der gegnerischen Presse verpervert werden, nur zu deutlich die damit beabsichtigte Täuschung leichtgläubiger Leser erkennen. Die 66,79 Millionen Reichsmark an Unterstüttungen können nicht, wie es geschieht ist, auf 4 1/2 Millionen Mitglieder bezogen werden, sondern es kommt bei der Gewährung von Unterstüttung nur die sehr viel geringere Zahl von Mitgliedern in Betracht, an die Unterstüttung gezahlt worden ist. Damit gewinnt aber die Gesamtsumme an ihrer sozialen Tragweite eine ganz andere Bedeutung. Und die angezogenen 58,77 Millionen Reichsmark wurden auch nicht allein an Gehälter für die „SPD-Bonzen“ verausgabt, sondern reichlich über ein Viertel dieser Summe kam auf sachliche Verwaltungskosten. Den erheblichsten Teil der Verwaltungskosten und zwar 47,96 Millionen Reichsmark (darunter 12,52 Millionen Reichsmark sachliche Ausgaben) beanspruchten die Bezirks- und Ortsverwaltungen. Hierbei muß in Betracht gezogen werden die gewaltige Ausdehnung des Wirkungsbereiches der freien Gewerkschaften, die neben den Gau- und Bezirksorganisationsstellen im Jahre 1929 insgesamt 13 802 Ortsverwaltungen hatten. Daß bei der ungeheuren Fülle von Arbeit, die innerhalb dieses gewaltigen Organisationsbereiches der freien Gewerkschaften zu leisten ist, von den persönlichen Verwaltungskosten auch noch ein gut Teil als Entschädigungen für nebenamtliche Tätigkeit in Rechnung zu stellen ist, braucht Verteufelung der freien Gewerkschaften nicht weiter zu kümmern. Der Zweck der Werbung ist ja erfüllt, wenn in einer Schlagzeile gelogt werden kann, daß die freien Gewerkschaften in einem Jahre 58,77 Millionen Reichsmark für Gehälter an die „SPD-Bonzen“ gezahlt haben.

Wie wenig die Finanzgebarung der freien Gewerkschaften das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat, zeigt auch ein Blick auf die Aufgaben einer ihrer gegnerischen gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen, der christlichen Gewerkschaften. Bei einer Gesamtausgabe von 20,39 Millionen Reichsmark wendeten diese im Jahre 1929 für Unterstüttungen 6,97 Millionen Reichsmark und für die Verwaltung 5,07 Millionen Reichsmark auf. Von je 100 RM der Gesamtausgabe kamen bei den christlichen Gewerkschaften 34,2 RM auf Unterstüttungen und 24,8 RM auf Verwaltungskosten. Diese anteiligen Beträge betragen dagegen bei den freien Gewerkschaften 42,8 und 28,9 RM. Die größere Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften geht deutlich aus dem viel höheren Betrage an Unterstüttungen hervor. Dagegen welchen die Verwaltungskosten im Verhältnis zu den Gesamtausgaben bei beiden Organisationsrichtungen nicht so erheblich wie bei den Unterstüttungsausgaben voneinander ab. Die relativ höheren Verwaltungskosten der freien Gewerkschaften sind bedingt durch ihren ausgedehnten Wirkungsbereich und die umfangreicheren Aufgaben, die sie gegenüber den christlichen Gewerkschaften zu erfüllen haben.

Die Massenbildung in der Kultur.

Die Umwandlung des Wirtschaftslebens, wie die Jahrbücher und Jahrhunderte sie gebracht haben, hat auch eine Umwandlung des Bildungswesens zur Folge gehabt. Bildung war Standesbildung, als es Stände gab. Sie wurde Klassenbildung, als der Kapitalismus die Klassen schuf. Bildung wurde dann das Vorrecht der Besitzenden, und es ist ein Stück des sozial-wirtschaftlichen Kampferfolges, wenn das Bildungsmonopol heute gelockert ist und auch Kindern des Volkes bis zum gewissen Grade das Recht auf Bildung zusteht.

Jedenfalls haben wir ein wahrhaft sozial-gerechtes Bildungswesen nicht. Massen von klugen Kindern des arbeitenden Volkes haben nicht die Möglichkeit zur vollen Entfaltung ihrer geistigen Kräfte, und in der Klasse der Besitzenden kann mit Geduld und unter materiellen Opfern, die man ja bringen kann, auch der weniger Begabte in die Gruppe der sog. Intelligenz aufrücken. Wie man da von den Intellektuellen von heute als den Trägern der Begabung reden kann, ist uns unerfindlich. Und doch geschieht es, und man ist in Sorge um die Zukunft unserer Kultur, weil diese „Intelligenz“ nur 3 Generationen hervorbringt in der Zeit, in der die ungelehrten Arbeiterklasse, die man die geistig minderwertige Schicht nennt, vier Generationen erzeugt.

Es handelt sich hierbei um die wissenschaftlichen Anschauungen, die im Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie ihren Ursprung haben und die zeigen, daß Wissenschaft, dem Volke entzückt, keine objektive Wissenschaft sein kann und daß Menschen, die die Fäden mit dem Volksgangem verloren haben, zu einem unabhängigen Urteil nicht fähig sind.

So finden wir, indem wir dieser anthropologischen Kaiser-Wilhelm-Wissenschaft folgen, bei fast allen Völkern des nordwestlichen Europa diese gleiche Erscheinung, daß die Träger der Begabung, d. h. die sich unter glücklichen wirtschaftlichen Verhältnissen heimlich geistig entwickeln konnten, „zu wenig Kinder haben“, während die große Masse der „Minderwertigen“ eine bedeutend stärkere Vermehrung aufweist.

Diese wissenschaftlich abgestempelte Anschauung zeigt uns die engen Zusammenhänge, die zwischen Wissenschaft und sozialer Lebensgestaltung vorhanden sind. Die Wahrheit, dieses höchste Ziel echter wissenschaftlicher Forschung, wird nur gefunden, wenn Forscher frei von sozialen Hemmnissen sind, wenn Forschung von gemeinschaftsdienenden Menschen einer klassenlosen Gemeinschaft getragen wird. Nur wenn die Demokratisierung des Bildungswesens gekommen, kann von einer „Intelligenz“, von den Trägern der Begabung eines Volkes die Rede sein. Solange die Demokratisierung des Bildungswesens noch nicht errungen ist, stellt diese sog. Intelligenz nur eine Schein- und Zufallsgröße dar, wie sie in der kommenden neuen Gesellschaft der Gemeinschaft einfach nicht möglich ist.

Aber auch in anderer Weise bedeutet diese Auffassung einen volksfremden Hochmut, denn eine derartige Scheidung in Träger der Begabung hier und Unbegabtere dort widerspricht der Kulturbedeutung, die in Wahrheit das ganze Volk in allen seinen Schichten hat. Eine Bildungsschicht, als solche gefördert, als solche von der Masse gelendet und um des „Erbgutes“ willen gehegt, würde früher oder später den Untergang der Kultur bedeuten. Diese so hochmütig geistig-minderwertig genannte Schicht hat nicht nur im großen Zusammenleben

durch ihr Können das zu schaffen, das das ganze Zusammenleben überhaupt erst möglich macht. Jetzt hat nicht nur aus Massen von geistig-praktisch hochbegabigten Menschen zusammen; diese Schicht stellt auch zugleich das Reservoir für die neue Intelligenz dar, für jene Verjüngung der intellektuellen Schicht, und je größer die Bildungsarbeit innerhalb dieser Schicht des schaffenden Volkes ist, um so mehr ist sie das Erbgut für neue Träger der Begabung.

Woher waren sie denn alle, jene höchst Begabten? Diese Schiller und Goethe und Beethoven und wie sie alle geheissen haben? Man braucht ihren Ursprung nur einige Generationen zurückzuverfolgen und man findet, daß sie aus der dritten Klasse gewesen sind.

Wie wenig eine von der Masse abgelesene Intelligenzschicht die Kultur halten kann, zeigt uns das Genie, das selten wertvolle Nachkommen hat. Es ist ein ewiges Auf und Ab im geistigen Schöpferum, und diese Einheit, die Volk und Begabung bedeuten, wurde auch von den geistig wunderbar Großen immer anerkannt. Selbst der Geistesaristokrat Goethe fühlte in der Volksseele das tiefste Wesen des Genies, und so konnte Goethe auch nur bei sich einer umspannend großartigen Auffassung von Volk und Geistigkeit das Wort aussprechen, daß je mehr das Jahr hundert Genie hat, um so mehr das einzelne gefördert wird.

Damit hat die Massenbildung einen ungeheuren Kulturwert, und wenn die Gewerkschaftsbewegung dieser Massenbildung dient, wie es geschieht, dann leistet sie der Kultur einen größeren Dienst als diese Wissenschaft, die da in einer absolut ungeistigen Weise nur zur Förderung der Falls- und Befiges-Geistigkeit mahnt. Dr. G. N.

Die Tapezierer in der Schweiz.

Nach dem vorliegenden Jahrbuch von 1928 29 des Bau- und Holzarbeiterverbandes der Schweiz...

Die Mehrzahl findet ihre Existenz in St. Gallen, Genf, Lausanne und hauptsächlich in Zürich. Das Organisationsverhältnis in den genannten Städten ist als gut zu bezeichnen.

haben mehrfach praktische Vorschläge (Fünftjahresplan der Wohnungswirtschaft; Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse für den Wohnungsbau; Bekämpfung der Baustoffstarke; Zinslenkung) gemacht...

Mit den neuen Plänen der jetzigen Reichsregierung - Rückkehr zum Wohnungselend der Vorkriegszeit auf der einen Seite, Abbau der Hauszinssteuerpolitik auf der anderen Seite...

Nicht Wohnlöcher - sondern gesunde Wohnungen für die arbeitenden Massen!

Nicht Abbau - sondern soziale Reform der Hauszinssteuer!

Nicht Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft - sondern Verstärkung der gemeinwirtschaftlichen Tendenzen in der Wohnungspolitik zum Schutze der Massen!

Nicht Raubbau an der Volkskraft durch Rückkehr zu den privatkapitalistischen Methoden der Vorkriegszeit im Wohnungsbau - sondern verstärkte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus!

Arbeitslose in England.

Auch England gehört zu den Ländern des Kontinents, in denen die Arbeitslosigkeit schon längst chronischen Charakter angenommen hat. Vergebliche Bemühungen jeder Regierung, ihre gegebenen Versprechen zu halten, die dahin gingen, die Arbeitslosigkeit zu lenken.

Zwei Drittel aller Unterstützungsempfänger konzentrieren sich in den Bezirken Mittelengland, Nordengland und Schottland. Beruflich entfallen allein auf den Bergbau und die Baumwollindustrie ein Viertel aller Arbeitslosen.

Von drei verschiedenen Stellen aus wird die Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Die wichtigste davon ist die Arbeitslosenversicherung. Sie betreut gegenwärtig etwa 1,4 Millionen Erwerbslose und umfaßt somit den größten Teil aller Unterstü-

tzungsempfänger. Diese Versicherung besteht zwar schon seit 1920, wird aber jetzt durch Pflichtbeiträge finanziert. Diese Beiträge werden von Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Maßgebend für die Höhe der Beiträge ist Alter und Geschlecht.

Hat nun ein Arbeitsloser keine der Vorbedingungen, weder zur Arbeitslosenversicherung, noch zur ausgesetzten Unterstützung erfüllt, so wird er von der kommunalen Armenkasse unterstützt. Hier taucht zum ersten Male die Frage der Bedürftigkeit, die durch besondere Beamte ermittelt wird, auf.

moß wird die Armenunterstützung von Hausangeestellten und Landarbeitern in Anspruch genommen, da sie ja von den ersten beiden Unterstützungsarten ausgeschlossen sind. Die Angaben über die Höhe der Armenunterstützungsempfänger gehen sehr weit auseinander.

Es sei zum Schluß kurz noch auf die Unterstützungen hingewiesen, die durch die Gewerkschaften gezahlt werden. Die Höhe beträgt 5 bis 15 Mt. pro Woche und die Dauer ist auch wie bei uns beschränkt.

Aufforderung der Kartellpreise?

Das Institut für Konjunkturforschung stellt in seinem letzten Vierteljahrsbericht fest, daß die Kartellpreise bisher so gut wie gar nicht nachgegeben haben, und daß in der Gruppe der Produktionsgüter nach dem Großhandelsindex bisher trotz des starken Preisrückgangs auf allen Rohstoffmärkten und der Absatzkrise seit Jahresfrist nur ein Rückgang von 2 Proz. zu verzeichnen ist.

Die Verkehrsgefahren und die Menschen.

DASSE. Die Gefahren der Straße und des Verkehrs sollen neben allen nur möglichen Vorbeugungsmitteln mit am wirksamsten bekämpft werden durch Aufklärung und Belehrung der Menschen, die den Straßen- und Verkehrsgefahren ausgesetzt sind.

Bech.

Ein doppeltes Mauthur unterließ den Jüngern Adolf Hillers im Berliner Wahlkampf. In einem im Norden gelegenen Vorort kamen die Nazis mit den Kommunisten in ein grimmiges Handgemenge und bezogen eine suchtbare Tracht Prügel, daß sieben Nazis mit blutenden Köpfen ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Gegen die wohnungspolitischen Pläne der Brüning-Regierung.

In einer Schrift „Gegen das zusätzliche Reichswohnungsbauprogramm“ nehmen Stadtbaurat Bruno Laut, der Erbauer der bekannten „Gehag“-Siedlungen in Berlin, und ein Baugenossenschaftler Stellung gegen die wohnungspolitischen Pläne der Brüning-Regierung.

Das Reichswohnungsprogramm erweist in der für die einzelnen Typen vorgesehenen Bettenanzahl den Eindruck, als ob seine Ueberbelegung der Wohnungen eintreten könnte. Die Wohnungsgrößen von 32 bis 40 Quadratmeter sind nur für 2 Betten, die von 40 bis 50 Quadratmeter nur für drei Betten und die von 45 bis 55 Quadratmeter nur für vier Betten bestimmt.

Die Reichsregierung hat sich bisher darauf beschränkt, mit dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm eine Mietenlenkung durch eine sozialpolitisch nicht zu rechtfertigende Senkung des Wohnungsstandards für die nicht zahlungsfähigen Bevölkerungsschichten zu erreichen, die auf Grund ihrer bisherigen finanziellen Leistungen für den Wohnungsbau (Hauszinssteuer) ein Recht auf gesunde und billige Wohnungen haben.

